



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

25. Sitzung (öffentlich)

13. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion der Piraten, Tagesordnungspunkt 3 für heute von der Tagesordnung zu nehmen und beim nächsten Mal aufzurufen. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung gemäß Einladung 16/511 vom 6. November 2013 abgehandelt.	
1 newPark	6
Vorlagen 16/1109, 16/1204 und 16/1326	
– Bericht von Minister Garrelt Duin (MWEIMH)	6
– Diskussion	7

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Drucksache 16/4300 (Ergänzung)

Vorlagen 16/1081, 16/1164, 16/1293 und 16/1336

Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 070

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss stimmt nach kurzer Aussprache dem Einzelplan 14 und dem Kapitel 02 070 des Einzelplans 02 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten zu; das Votum wird dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt.

3 Abschaffung der Störerhaftung 26

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2284

Ausschussprotokoll 16/288

Stellungnahmen siehe APr 16/288

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss setzt diesen Tagesordnungspunkt zu Beginn der Sitzung – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“ – ab.

4 Auswirkungen von Basel III auf die Mittelstandsfinanzierung 27

Vorlage 16/1354

– Erläuterungen von Minister Garrelt Duin (MWEIMH) 27

– Diskussion 27

5	Stellungnahme der Clearingstelle Mittelstand NRW zum Gesetzesvorhaben zur Regulierung der Jahrmaktfestsetzungen an Sonn- und Feiertagen (Marktgesetz NRW)	30
	Vorlage 16/1355	
	– Bericht von Minister Garrelt Duin (MWEIMH)	30
	– Aussprache	30
6	Situation bei der Adam Opel AG	35
	Bericht der Landesregierung	
	– Bericht von Minister Garrelt Duin (MWEIMH)	35
7	Verschiedenes	38
	Der Ausschuss kommt überein, sich an der vom federführenden Umweltausschuss geplanten Anhörung am 25. November 2013 zu dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Eine effektive Lebensmittelkontrolle stärkt insbesondere die Ernährungswirtschaft in NRW“, Drucksache 16/3429, nachrichtlich zu beteiligen.	

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Drucksache 16/4300 (Ergänzung)

Vorlagen 16/1081, 16/1164, 16/1293 und 16/1336

Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 070

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Vorsitzender Georg Fortmeier schickt voraus, der Ausschuss habe sich in seiner letzten Sitzung am 9. Oktober nach den Einführungsberichten von Minister Duin und Ministerialdirigent Hennicke über den Entwurf des Einzelplans 14 und des Kapitels 02 070 im Einzelplan 02 diskutiert. Heute stehe die Schlussberatung an. Änderungsanträge der Fraktionen lägen nicht vor.

Hendrik Wüst (CDU) weist eingangs seiner Ausführungen darauf hin, dass seine Fraktion die Änderungsanträge und Einsparungsvorschläge etc. wie in den vergangenen Jahren in toto im Haushaltsausschuss vorlege.

Der Haushaltsentwurf zeige aus der Sicht seiner Fraktion nicht den notwendigen Sparwillen. Es sei in schlechter Tradition der vergangenen Jahre auch keine Überraschung, dass es erstens so sei und zweitens, dass seine Fraktion dies so bewerte. Damit würden falsche wirtschaftspolitische Signale gesetzt. Mehrfach habe man in den vergangenen Wochen anhand der wenigen Ausschnitte, die McKinsey beleuchtet habe, aufgezeigt bekommen, wie man dastehen könnte, was man an zusätzlichen Wachstumsschüben und auch an zusätzlichen Einnahmen für Land und Kommunen generieren könnte, wenn eine bessere Wirtschaftspolitik in diesem Land stattfinden würde. Es sei von 6 Milliarden € für Land und Kommunen die Rede, die man sehr gut gebrauchen könne.

Seit der Zeit der Minderheitsregierung gebe es eine Vielzahl von die Wirtschaft belastenden Themen, die teilweise in direkter Korrelation zum Haushalt stünden. Als Beispiel führe er das Wasserentnahmeentgelt an, wozu allen aus Anhörungen noch lebhaft in Erinnerung sei, wie dieses die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen belaste. In teilweise lebhaften Schilderungen seien die Auswirkungen beispielsweise auf die Quarzindustrie und somit auf die Auswirkungen auf die Flachglasstraßen in Nordrhein-Westfalen dargestellt worden. Er verweise hierzu auf das Protokoll der Anhörung vom 22. Februar 2013.

Auch durch die regionalen zusätzlichen Belastungen des Wasserentnahmeentgeltes sei der Rohstoff Quarz teurer geworden. Im Landtag werde das immer mit der Notwendigkeit begründet, dass die Maßnahmen aus der Wasserrechtsrahmenrichtlinie auszufinanzieren seien. Die Landesregierung plane für das nächste Jahr 80 Millionen

€; im vergangenen Jahr seien es 42 Millionen und 2011 38 Millionen € gewesen. Das Aufkommen liege derzeit bei über 100 Millionen €. Hier werde zulasten von Wirtschaft und Arbeitsplätzen abgeschöpft, um das Geld in den Haushalt zu spülen.

Dafür habe es vom Bund der Steuerzahler, vom Grundbesitzerverband und anderen Kritik gehagelt. Dieses Thema werde voraussichtlich als Dauerbrenner erhalten bleiben. Seine Fraktion stehe dafür, dieses Wasserentnahmeentgelt abzuschmelzen und anschließend abzuschaffen.

Als nächstes Beispiel nennt der Abgeordnete das Tariftreue- und Vergabegesetz, das den Haushalt unmittelbar mit 750.000 € Personalkosten allein für die Verwaltung und Veranstaltungen. Allein jetzt gebe es schon zwei Klagen gegen dieses Gesetz, sodass die Hoffnung nicht unbegründet sei, dass auch die Gerichte am Ende zu Einsparungen an dieser Stelle kämen. Die Belastungen jedenfalls belasteten nicht nur den Haushalt, sondern auch die mittelständische Wirtschaft und die Kommunen, von denen in den nächsten Monaten sicherlich noch lebhaft Feedbacks der kommunalpolitischen Kolleginnen und Kollegen kommen würden.

Als weiteren Kritikpunkt nenne er die GRW-Förderung, die zur Kofinanzierung von EFRE genutzt werde, anstatt sie on Top einzusetzen, um weitere Wirtschaftsförderung zu betreiben. Er sei sicher, dass Herr Eiskirch dies damals lebhaft kritisiert habe. Wenn man die damalige wirtschaftliche Entwicklung mit der von heute vergleiche, sei klar, dass dies heute noch zwingender sei als damals.

Heute stehe Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich deutlich schlechter da. Die Wachstumsentwicklungen deuteten darauf hin. Im Zukunftsatlas könne nachgeschlagen werden, dass Nordrhein-Westfalen immer weiter abgehängt werde. Jedes Potenzial sei deshalb zu nutzen, auch die Potenziale, die in der Vergangenheit noch nicht genutzt worden seien. Was man damals vielleicht für richtig gefunden habe, finde man heute jedenfalls falsch.

Nordrhein-Westfälische Regionen und Teilregionen fielen weiter zurück. Die Strukturdaten hätten sich teilweise so verschlechtert, dass weitere Regionen in den Anspruch von GRW-Förderungen kämen. Gefördert zu werden, dürfe nicht Ziel der Politik sein, sondern das Ziel sollte sein, aus der Förderung herauszukommen.

In der Zusammenschau sei dieser Haushalt insgesamt, aber auch der Haushalt des Einzelplans 14 nicht geeignet, Wachstumspotenziale auszulösen und damit neue Einnahmen zu generieren.

Deswegen lehne man den Einzelplan 14 ab.

Dietmar Brockes (FDP) schließt sich zunächst den Ausführungen seines Vorredners an und kündigt für seine Fraktion ebenfalls die Ablehnung des Haushaltsentwurfes an.

Aus dem Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums gingen keinerlei Impulse für die Wirtschaft aus. Im Gegenteil müsse man feststellen, dass durch den Gesamthaushalt der rot-grünen Regierung die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen weiter belastet werde. Obwohl man die höchsten Einnahmen in der Geschichte des Landes verzeichne,

schaffe es Rot-Grün nicht, mit diesem Geld auszukommen. Darüber hinaus müssten noch weitere Schulden aufgenommen werden. Diese Rahmenbedingungen gingen gerade zulasten der Wirtschaft.

Der Haushalt weise Mehreinnahmen über zusätzliche Belastungen auf; Kollege Wüst habe eben das Wasserentnahmegelt angeführt. Auch die Diskussion um die Erhöhung der Grunderwerbsteuer gehe zulasten der kleinen und privaten Eigentümer und vor allen Dingen auch zulasten des Mittelstandes. Das könne seine Fraktion auf keinen Fall gutheißen.

Und obendrauf würden die Mehrausgaben auch deshalb eintreten, weil die Landesregierung auf den Rat seiner Fraktion nicht gehört habe. Er nenne hierfür als Beispiel das Tariftreue- und Vergabegesetz. Seine Fraktion habe das nicht nur kritisiert, sondern seinerzeit auch aus guten Gründen abgeschafft, weil es sich um ein bürokratisches Monster handele. Die rot-grüne Landesregierung habe es wieder eingeführt, und es sei noch bürokratischer als vorher geworden. Deutlich werde das daran, dass die Kommunen und die Leute es nicht verstünden, dass sie zusätzliche Personalmitel einsetzen müssten, um dieses Bürokratiemonster umzusetzen.

Das sei nicht förderlich für die Wirtschaft. Im Gegenteil sei es sogar schädlich und werde Arbeitsplätze kosten. Des Weiteren werde es zu einer Verteuerung der Aufträge gerade für das Handwerk in den Kommunen führen. Das zeige, dass die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün in eine völlig falsche Richtung gehe. Deshalb werde seine Fraktion den Haushalt auch ablehnen.

Thomas Eiskirch (SPD) erklärt für seine Fraktion, es handele sich bei dem Einzelplan 14 um einen guten Einzelplan, und man stimme dafür.

Die Ausführungen des Kollegen Wüst zu den GRW-Mitteln seien doch sehr pharisäerhaft und auch jenseits der inhaltlich von ihm nachgeschobenen Betrachtungen. Man müsse wissen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung damals einen immensen Beitrag des Wirtschaftsministeriums zur Veränderung der Haushaltssituation abverlangt habe und die damalige Wirtschaftsministerin Thoben sich im Prinzip die von der EU eröffnete Chance, die Strukturfondsmittel nicht mehr straßenscharf in die Strukturwandelgebiete zu geben, nicht in einem anderen Prozedere genutzt habe, sondern erklärt habe, dass diese Mittel im ganzen Land nutzbar sein könnten. Darüber könnte man sicherlich reden, aber Frau Thoben habe dies unter dem Hinweis getan, dass sie all das, was originäre Wirtschafts- und Förderpolitik in den anderen Bereichen des Landes davor gewesen sei, massiv zurückstreiche und dies der Beitrag des Wirtschaftsministeriums zur Haushaltskonsolidierung gewesen sei. Auf gut Deutsch sei nur noch ein deutlich geringerer Teil von Landesmitteln der Wirtschaftsförderung beibehalten worden. Diese sei dann ausschließlich zur Kofinanzierung von fremder Leut's Geld, wie er früher immer gesagt habe, genutzt worden, was dann der Beitrag zur Haushaltskonsolidierung gewesen sei. Nun davon zu sprechen, dass dieses Prinzip wieder durchbrochen werden müsste und gleichzeitig darauf hingewiesen werde, die jetzige Landesregierung würde nicht genug Sparanstrengungen unternehmen, um den Landeshaushalt zu konsolidieren, sei, ehrlich gesagt, eine Frechheit und schlage dem Fass den Boden aus.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) bemerkt, wie viel Ernsthaftigkeit in der hier von CDU und FDP vorgetragenen Kritik liege, möge man daran ermessen, dass es keine Änderungsanträge zum Einzelplan 14 in diesem Ausschuss gebe. Insofern gebe es offensichtlich eine Grundzustimmung zu dem Einzelplan.

Ihre Fraktion sei schon der Auffassung, dass der Einzelplan 14 die richtigen Rahmenbedingungen setze, und zwar unter der Maßgabe, dass es keine Ausweitung von Haushaltsstellen gebe, sondern im Gegenteil die Fachressorts jeweils einzelne Deckungsbeiträge zum Haushaltskonsolidierungsprozess, zur Perspektive Schuldenbremse 2020 erbringen müssten.

Herrn Brockes schlage sie vor, wenn dieser darauf verweise, dass ein strikterer Haushaltskonsolidierungsprozess notwendig sein sollte, er also der Meinung sei, dass das, was die Landesregierung tue, noch nicht die richtigen Weichenstellungen seien, dass er dann doch einmal nach draußen in Richtung Wirtschaft erklären sollte, wo er denn die harten Schnitte in diesem Einzelplan ansetzen wolle. Es könne nicht funktionieren zu sagen, es solle überall gespart werden, und zwar in jedem Einzelplan, aber natürlich nicht in dem eines jeden Fachpolitikers. Und am Ende stelle man sich dann vor das Plenum und behaupte, der gesamte Konsolidierungs- und Sparprozess sei nicht richtig aufgestellt. Man sollte schon einmal sagen, wo in den Einzelplänen, hier konkret im Einzelplan 14, Einschnitte vorgenommen werden sollten.

Das Thema Wasserentnahmeentgelt sei schon häufig diskutiert worden. Ihre Fraktion sei schon der Meinung, dass es einen Refinanzierungsbeitrag der Unternehmen zu notwendigen Maßnahmen der Landesregierung geben müsse. Im Übrigen habe Herr Wüst dies selber auch beschrieben.

Grundsätzlich wolle sie noch anmerken, weil sich CDU und SPD in Verhandlungen auf Bundesebene befänden. Ein wirtschaftspolitischer Strukturkonservatismus, der immer versuche, alles, was vorhanden sei, mit Gießharz zu belegen, und von „weiter so!“ spreche und dies für das richtige Konzept für die Zukunft halte, betrachte man grundsätzlich als problematisch.

Insofern sei sie gespannt, was die CDU in Nordrhein-Westfalen in die Verhandlungen auf Bundesebene einbringen werde, wenn es um eine zukunftsfähige Energiepolitik gehe, um die Frage, wie aus einer zukunftsfähigen Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen auch Wachstumsimpulse entstehen könnten. Dies gelte auch für die zukunftsfähige Entwicklung der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen, etwa auch beim Thema Breitband. Insofern wäre es wichtig, wenn aus Nordrhein-Westfalen zu den entsprechenden Finanzierungsbeiträgen seitens des Bundes die entsprechenden Hilfestellungen kämen. Da sollten also nicht weiterhin die Infrastrukturmittel nach Süddeutschland fließen; dann wäre es leichter, in Nordrhein-Westfalen Wirtschaftspolitik und Haushaltskonsolidierungspolitik zu machen. Diesbezüglich höre sie aber vonseiten der CDU nicht viel.

Im Einzelplan 14 seien die Rahmenbedingungen richtig gesetzt, und die Haushaltsnotwendigkeiten seien klar. Insofern liege der richtige Haushaltsentwurf vor.

Kai Schmalenbach (PIRATEN) geht zunächst auf den Kritikpunkt des Kollegen Wüst ein, der notwendige Sparwille sei nicht vorhanden, und man müsse jede Entwicklungsmöglichkeit nutzen. Herr Brockes habe darauf hingewiesen, es gebe keine Impulse seitens des Ministeriums. Beide beklagten aus seiner Sicht den Versuch, die Einnahmenseite zu verbessern. Gleichzeitig sprächen sie davon, man müsse mehr investieren, und der Sparwille werde bezweifelt. Das sei, ehrlich gesagt, nicht konsistent. Mit dieser Argumentationslinie habe er Probleme, denn irgendwoher müsse das Geld ja kommen.

In der Tat sehe er die Industrie durchaus als einen geeigneten Geldgeber für Mehreinnahmen, anstatt dafür die schwächeren Leute heranzuziehen. Die aktuelle Situation sei sicherlich schwierig, wenn davon gesprochen werde, dass man Infrastrukturmaßnahmen brauche, aber Mittel aus dem Ziel-II-Programm wegfielen. Gleichwohl würde sich seine Fraktion mehr Förderung im Bereich der Mittelständler wünschen und da insbesondere in den digitalen Bereichen. Im Gegensatz zu den Fraktionen von CDU und FDP liege seitens der Piratenfraktion schon ein Antrag zum Breitbandausbau vor. Sicherlich wünsche man sich auch, dass dazu aus Berlin etwas komme, aber auch aus NRW sollten deutliche Signale gesetzt werden, und dann werde man sehen, wie der Antrag der Piratenfraktion an der Stelle gesehen werde.

Vor dem Hintergrund, dass der Haushalt nicht weit genug gehe, lehnten ihn die Piraten ab.

Dietmar Brockes (FDP) geht auf Frau Schneckenburger an und bezeichnet es als langweilig, dass die Kollegin stets ihren vorbereiteten Zettel herunterbete und nicht auf das eingehe, was vorher gesagt worden sei. Er habe eben die Zusatzkosten durch den Personaleinsatz für das Tariftreue- und Vergabegesetz angeführt. Hier könnte eingespart werden, hätte Rot-Grün diesen Irrsinn nicht gemacht. Darauf hätte er gerne eine spontane Antwort gehabt.

Die Debatten über den Haushalt seien über die Jahre sicherlich nie die spannendsten gewesen, weil sich der Haushalt in all den Jahren, ob unter Schwarz-Gelb oder Rot-Grün nicht wesentlich verändert habe. Ein sehr großer Anteil des Haushaltes sei nun einmal durch die Steinkohle gebunden. Dieser Brocken werde zwar langsam kleiner, und es sei im Haushalt 2014 das letzte Mal enthalten, weil seinerzeit die FDP darauf gedrungen habe, dass diese Belastungen vom Bund übernommen würden. Insofern sei er gespannt, wie diese 350 Millionen € aus der Steinkohle in den nächsten Jahren verwandt würden, wie viel davon in die Haushaltskonsolidierung fließe, wie viel Geld davon dann beim grünen Umweltminister im Haushalt wiederzufinden sei und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen belasten werde und wie viel davon an Investitionen wirklich im Land genutzt würden. Dann werde es sehr interessant.

Hendrik Wüst (CDU) ist überzeugt, dass die Grünen in der neuen Realität noch nicht angekommen seien, wenn sie, wie früher im Konzert mit der SPD, ständig Forderungen Richtung Berlin richteten. Die Grünen würden damit in Zukunft ziemlich allein dastehen. In der Vergangenheit hätten sie jedes Wachstum ablehnt. Mit McKinsey habe man darüber gesprochen, was am Ende konkret für Haushalte her-

auskomme. Wenn das von Rot-Grün alles abgelehnt werde, sei das okay, aber dann sollte man auch nicht für Dinge, die das Land machen könne, Geld von anderen fordern. Bayern investiere beispielsweise 2 Milliarden € in fünf Jahren für Breitbandausbau. Da sei zu fragen, was Rot-Grün in dem Bereich schaffe, und man müsse darauf antworten, dass dies keine 10 % seien. Man sollte dann einmal über die Wachstumsschancen reden, die sich daraus ergeben.

Thomas Eiskirch (SPD) konstatiert, Haushaltsklarheit und Haushaltwahrheit gelte für jeden Landeshaushalt, aber auch dann, wenn man zurückschäue, und das sollten auch die Kollegen von Schwarz und Gelb tun. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung habe seinerzeit angekündigt, dass jeder bei der Steinkohle eingesparte Cent für die wirtschaftliche Entwicklung im Land Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden sollte. Davon habe der Einzelplan 14 nicht einen Cent wiedergesehen. Diesen Cent habe vielmehr der Einzelplan 20 wiedergesehen, der Einzelplan vom ehrbaren Kaufmann, dem Eisernen Helmut. Insofern sollte Herr Brockes sich über das, was er gesagt habe, schämen.

Der Ausschuss stimmt nach kurzer Aussprache dem Einzelplan 14 und dem Kapitel 02 070 des Einzelplans 02 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN zu; das Votum wird dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt.